

In dieser Szene gibt es eine aktive „Nicht-Abgrenzung“ gegenüber der extremen Rechten – sie hält bewusst keine Distanz auch gegenüber antidemokratischen Akteur*innen. In Versammlungen der Szene sind daher auch christliche Fundamentalist*innen, Neonazis und andere Teile der extremen Rechten aktiv. Hier treffen sich Teile der „Basis“-Partei dann mit AfD-Funktionär*innen und Pegida-Aktivist*innen. Melchior Ibing gibt vor, es gehe ihm mit den Versammlungen darum, mit anderen Menschen ins Gespräch zu kommen – eine Abgrenzung von problematischen Akteur*innen und Positionen gibt es dabei in der Praxis nicht. So trat am 5. Februar 2021 der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron als Redner auf einer Kundgebung Ibing auf, wetterte gegen „Massenmigration“ und „Volksverräter“ und lobte Björn Höcke. Mit Alexandra Motschmann nahm auch eine Bundestagskandidatin der „Basis“ an der Kundgebung teil und spielte sich mit Bystron am Mikrophon streckenweise die Bälle zu. Motschmann ist seit Sommer 2020 bundesweit auf den Protesten gegen die Infektionsschutzmaßnahmen unterwegs, organisierte auch in München Versammlungen und fuhr im vergangenen Jahr eigens mit einem „Frauenbus“ quer durch das Land, um Kundgebungen durchzuführen. Auch bei anderen einschlägigen Versammlungen der Szene kommen am Mikrophon zwischen den verschwörungsideologischen Narrativen extrem rechte Positionen etwa gegen Geflüchtete, Journalist*innen und politische Gegner*innen zur Sprache.

Die „Basis“ versucht der AfD Wähler*innenstimmen abzunehmen, die ebenfalls Stimmung gegen die Infektionsschutzmaßnahmen macht. Aber auch an anderer Stelle konkurriert sie mit der AfD: So reproduziert etwa ihre Münchner Kandidatin Claudia Enzer deren Positionen, wenn sie klagt, Medien würden durch „staatlichen Einfluss und große Geldflüsse gelenkt“, weshalb sie Meinungsvielfalt statt Gleichschaltung fordere. Wie die AfD möchte die „Basis“ internationale Kooperation und Globalisierung zurückfahren, die Landwirtschaft „entglobalisieren“ und Freihandelsabkommen aufkündigen.

Die „Basis“ ist der sich harmlos gebende Versuch von Aktivist*innen der Pandemieugner*innenszene, als Partei getarnt mehr Einfluss zu bekommen. Sie möchte mit ihrer Stimmungsmache gegen die Infektionsschutzmaßnahmen getragen von Verschwörungsideologien in den Bundestag. Ein Blick auf Programm und Personal zeigen: Ihre Vertreter*innen verbreiten Unwahrheiten und Verschwörungserzählungen – in der Pandemieugner*innenszene arbeiten sie mit der extremen Rechten zusammen.

Keine Stimme für Verschwörungserzählungen und Fake News – Für einen solidarischen Umgang mit der Corona-Pandemie!

Satz & Layout: Oliver Wück >> gestaltet Kommunikation

Die Partei gegen die Infektionsschutzmaßnahmen: Die Basis

Die „Basis“ ist eine Partei, die im Juli 2020 aus den verschwörungsideologischen Protesten gegen die Maßnahmen zum Schutz vor der Corona-Pandemie entstanden ist. Sie behauptet bundesweit eine fünfstellige Anzahl von Mitgliedern zu haben und in Bayern mehrere Tausend. Zur Bundestagswahl 2021 tritt sie an, um die Positionen der Pandemieugner*innenszene in den Bundestag zu tragen.

Die „Basis“ tut alles, um nach außen harmlos, freundlich und nahbar zu erscheinen. Sie bezieht sich sehr oft auf positiv besetzte Begriffe wie „Freiheit“ und „Achtsamkeit“ und gibt an, sie wende sich gegen „Lobbyismus“, „Großkonzerne“ und „Fremdbestimmung“. Die Partei behauptet für sich, weder rechts noch links zu sein. In Wirklichkeit ist sie aber ein zentraler Akteur in der Szene von Pandemieugner*innen, die gegen die Infektionsschutzmaßnahmen mobil macht und verschwörungsideologische Erzählungen über die Corona-Pandemie verbreitet. Auch gegenüber der extremen Rechten grenzt sie sich in der Praxis nicht ab.

Abschaffung der Infektionsschutzmaßnahmen als Programm?

Die „Basis“ bezieht sich in ihrer politischen Arbeit auf vier „Säulen“: Freiheit, Achtsamkeit, Machtbegrenzung und Schwarmintelligenz. In einem vagen „Rahmenprogramm“ fordert die Partei u.a. eine „Entflechtung“ von gesellschaftlichen „Bereichen“ und die Einführung von direktdemokratischen Abstimmungen auf allen Politikebenen. Inhaltsarme Allgemeinplätze wie „Wirtschaft dient den Menschen, nicht umgekehrt“ sollen von den Mitgliedern für Wahlen in eigene Programme ausformuliert werden. In Bayern hat die „Basis“ im Mai 2021 ein eigenes Programm verabschiedet.



In diesem finden sich unter anderem Forderungen nach sozialpolitischen Maßnahmen deren Finanzierung unklar bleibt: die Absenkung des Renteneintrittsalters, die Anhebung des Mindestlohnes, die Abschaffung von Hartz4 und die Einführung einer Mindestsicherung sind darunter.

Kundgebung der „Basis“ im Rahmen der Proteste der Pandemieugner*innenszene im August 2021 in Berlin. Foto: Anne Wild

Das ganze Programm durchzieht aber vor allem ein zentrales Anliegen: Die Infektionsschutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie sollen sofort aufgehoben werden. Die „Basis“ bietet nicht etwa Alternativen an, sondern möchte die Maßnahmen wie Impfungen oder das Tragen von Masken ersatzlos streichen. Staatliche Regeln für den Infektionsschutz weist sie zurück und zieht sich auf die „Selbstbestimmung und Eigenverantwortung des mündigen Individuums“ zurück. Selbst Tests, um die Ausbreitung des Virus zu verfolgen, sind der „Basis“ unrecht: „Der Einsatz von Massentests an Gesunden und die Klassifizierung asymptomatischer Testpositiver als krank lehnt die Basis kategorisch ab.“ Gegen Testungen an Schulen veröffentlichte die „Basis“ München im April 2021 eigens eine Pressemitteilung. Eine Lockerung der Vorgaben für geimpfte oder negativ getestete Personen lehnt die Partei ebenfalls ab: Impfungen oder Tests als Vorbedingungen für einen Zutritt oder Mobilität dürfe es nicht geben.

Das passt zu den Positionierungen von Vertreter*innen der Partei wie Rainer Fuellmich, denn sie bestreiten, dass es überhaupt eine Corona-Pandemie gibt. Auf den Kundgebungen der Pandemiegegner*innenszene ist die Rede von einer angeblich absichtlich verursachten „Plandemie“, die von Verschwörer*innen ins Werk gesetzt wurde oder sogar nur vorgetäuscht wird. Andere verschwörungsideologische Positionen etwa zum Mobilfunkstandard 5G finden sich ebenfalls im Programm der bayerischen „Basis“. Sie fordert „neutrale und unabhängige Untersuchungen“, die es natürlich längst gibt, aber nicht mit dem Ergebnis, das sich Gegner*innen der Technik wünschen.

Esoterik, Verschwörungserzählungen und NS-Relativierung



Wahlkampfauftakt der „Basis“ an der Münchner Freiheit im Juni 2021. Foto: firm

Auch esoterische Positionen sind innerhalb der „Basis“ vertreten: Kandidat Waldemar Kießling aus München nennt zum Beispiel die Lehre Rudolf Steiners als Richtschnur seiner politischen Arbeit. Steiners esoterische Positionen gehen nicht nur von ‚Geisterwelten‘ aus, sondern gründen auch auf rassistischen und antisemitischen Ressentiments. Neben „Friedensdiplomatie“ und ökologischer Landwirtschaft, ist Kießling die Stärkung „alternativer“ Heilmethoden wichtig, die er abgrenzt von der „Schulmedizin“ – eine Vokabel, welche durch die NSDAP im Dritten Reich genutzt wurde, um jüdische Mediziner*innen zu diffamieren. Das Berufsbild der Heilpraktiker*innen, die oft esoterische Verfahren wie Homöopathie anwenden, deren Wirksamkeit wissenschaftlich nicht belegt ist, möchte er erhalten. Seine Parteifreundin und „Basis“-Kandidatin im Münchner Süden, Claudia Enzer, fordert „natürliche“ Heilmethoden müssten evidenzbasierten Verfahren (also Methoden, deren Wirksamkeit bewiesen ist) gleichgestellt werden. Mit Blick auf Impfungen setzt Kießling – mitten in einer weltweiten Pandemie mit über vier Millionen Toten weltweit – auf „sichere, individuelle Entscheidungen“, nicht etwa einen breiten allumfassenden Impfschutz in der Bevölkerung.

Vertreter*innen und Anhänger*innen der „Basis“ sind seit deren Beginn Teil der verschwörungsideologischen Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen. In den Telegram-Gruppen der Partei werden verschwörungsideologische Narrative zum Beispiel der „Q-Anonymous“-Erzählungen und antisemitische Positionen verbreitet. Vertreter*innen der „Basis“ streuen Fehlinformationen und Verschwörungserzählungen zur Corona-Pandemie unter anderem über Impfungen und schrecken dabei nicht davor zurück, Geschädigte wie „Impftote“ einfach zu erfinden.

Die Spitzenkandidat*innen der „Basis“ Rainer Fuellmich und Sucharit Bakhdi sind mit antisemitischen beziehungsweise NS-relativierenden Äußerungen aufgefallen. Fuellmich behauptete etwa, dass durch Impfungen „organisierte Massentötungen“ stattfänden, zog Parallelen zum Holocaust und forderte neue Nürnberger Prozesse. In der Pandemiegegner*innenszene träumen viele von einer solchen ‚Abrechnung‘ mit den Verantwortlichen für die Infektionsschutzmaßnahmen. Die Partei veröffentlichte jüngst sogar ein Planspiel in dem sie sich ausmalte, wie die Maßnahmen gestoppt würden. Deutlich wurde darin auch, dass es ihr um weit mehr geht: In dem fiktiven Szenario wurde die Bundesregierung gestürzt und ersetzt durch eine Regierung aus Basis-Vertreter*innen – mit Rainer Fuellmich als Bundeskanzler.

Aktive Nicht-Abgrenzung gegen rechts



Demonstration der Pandemiegegner*innenszene mit „Basis“-Aktivist Melchior Ibing in München im Mai 2021. Foto: Anne Wild

In München ist der Basis-Aktivist Melchior Ibing besonders präsent, da er seit 2020 Proteste gegen die Infektionsschutzmaßnahmen organisiert. Gemeinsam mit anderen Aktivist*innen veranstaltet er etwa wöchentliche „Open-Mic-Kundgebungen“ und seit dem Frühjahr 2021 auch Demonstrationen, die Treffpunkte für die Pandemiegegner*innenszene Münchens sind. Auf diesen Versammlungen werden Verschwörungserzählungen zur Corona-Pandemie verbreitet, so behaupten Redner*innen zum Beispiel,

dass diese gar nicht existiere, oder setzten die Infektionsschutzmaßnahmen mit dem Dritten Reich gleich. Am Rand der Versammlungen werden regelmäßig Journalist*innen und Gegen-demonstrant*innen von Teilnehmer*innen beschimpft und angegriffen. Diese Angriffe setzen die aggressiven Narrative der Szene in die Tat um: So spricht Melchior Ibing davon, dass man sich zurzeit in einem „Informationskrieg“ befinde und wettet gegen „Totalitarismus“ sowie eine vermeintliche „Apartheid“, wenn Einschränkungen für Geimpfte aufgehoben würden. Er selbst konzentrierte sich auf „die Straße“ und fordert, die Basis müsse dort präsent sein – gemeint sind die Proteste der Pandemiegegner*innenszene.